

Von der Wende zur Kehrtwende – Politische Transformations- prozesse in Zentral- und Osteuropa nach 1989



László Levente Balogh¹

Einleitung

1991 erschien ein schmaler Band mit dem rätselhaften Titel „Haben wir es kommen sehen?“. Es war eine Essaysammlung, die eine Tagung vom 7. Dezember 1990 in Budapest dokumentierte.² Dabei wurden in erster Linie Philosophen, Soziologen und Politikwissenschaftler aus Ungarn gefragt, ob und inwieweit sie die Wende von 1989 vorhersahen und wie sie sie bewerten. Alle Teilnehmer versuchten, Erklärungen und ausführliche Analysen zu geben, aber am Ende stellten sie meistens ehrlich fest, dass sie sich die Umbrüche in dieser Tiefe und Geschwindigkeit gar nicht vorstellen konnten. Diese abgründigen und raschen Umwälzungen überraschten offensichtlich nicht nur die Sozialwissenschaftler, sondern die Politiker, die Experten und die breite Bevölkerung. Die Unmöglichkeit aller Prognosen lag aber nicht allein am Mangel entsprechender sozialwissenschaftlicher Methoden, sondern entstammt auch der politischen Natur der Wende.

Im Symboljahr 1989 haben sich viele langwierige Vorgänge verdichtet, die seit Mitte der 1980er Jahre die politische Landschaft von Mittel- und Osteuropa deutlich bestimmten und sich nach dem Höhepunkt der friedlichen Revolutionen von 1989 noch viele Jahre auf die Zukunft – bis zur heutigen Gegenwart hin – auswirkten. Der Unabsehbarkeit entsprechend

¹ Dr. László Levente Balogh ist Dozent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Debrecen und Autor mehrerer Fachaufsätze der Aufarbeitung und politischer Ethik sowie Referent auf internationalen Tagungen der Bundeszentrale für politische Bildung.

² Láttuk-e, hogy jön? Twins Konferencia-Füzetek I. T-Twins Kiadói és Tipográfiai Kft, Budapest 1991.

erlebten die Menschen in Mittel- und Osteuropa die Ereignisse als eine Art Wunder. Demnach wurde das Jahr 1989 *annus mirabilis* genannt. Obwohl die Bedeutung des Jahres 1989 außer Frage steht, waren die Konsequenzen in den darauffolgenden Jahren, die damals noch kaum erahnt werden konnten, viel wichtiger. Wenn wir annehmen, dass das Hauptmerkmal dieser historischen Epoche, im Hinblick auf die „sanften“ Revolutionen und ihre Konsequenzen, die Unabsehbarkeit war, so stellt sich die Frage: Was folgt aus dieser grundlegenden Charakteristik der Ereignisse?

Da die Akteure, sowohl die Bevölkerung als auch die Elite, völlig unvorbereitet auf die Umbrüche waren, mussten sie von Anfang an improvisieren und meistens auf Bekanntes zurückgreifen. Dies hatte zur Folge, dass die neuen Eliten darüber nicht lange nachdenken wollten, wie es weitergehen sollte und was für ein neues System aufgebaut werden sollte. Das Nachdenken über ein politisches System, das als Alternative zur liberalen Demokratie und Marktwirtschaft hätte dienen können, wurde völlig ausgespart. Dies geschah aber nicht aus intellektueller Bequemlichkeit oder Faulheit, sondern weil es den Eliten von Anfang an klar war, dass sie ein westliches System errichten wollen, sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Sinne, unter welchem aber oft der westliche Wohlstand und nicht unbedingt die westliche Freiheit verstanden wurde. Ob und inwieweit die dazu nötigen Bedingungen in Mittel- und Osteuropa zur Verfügung standen, war keine Frage. In diesen Vorstellungen spielten offensichtlich Naivität und Fatalismus eine entscheidende Rolle, die mit einem weit verbreiteten, aber unbegründeten Enthusiasmus einhergingen. Diese Einstellungen sahen aber meistens nur einfache und schnelle Lösungen für schwierige und dringende Probleme vor, die sich aber über Jahrzehnte hinwegzogen und tief in der Gesellschaft verwurzelt waren. Nach diesen Vorstellungen brauchte man nur entsprechende politische und wirtschaftliche Institutionen einzuführen, und der Wohlstand käme von selbst. Das Rezept, wie die Länder Mittel- und Osteuropas ein neues System begründen wollten, war fertig, aber es war ein „Kochbuch-Kapitalismus und eine Kochbuch-Demokratie“ – jedoch ein Kochen ohne Zutaten.

Nicht allein Naivität und Fatalismus spielten dabei eine erhebliche Rolle, sondern auch der Kontext und der Zeitgeist der Lehre vom „Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama. Sie war ja ursprünglich mit einem Fragezeichen versehen, aber das verschwand angesichts der weltpolitischen Geschehnisse von 1989–1991 spurlos. Die Behauptung eines unaufhaltsamen Vormarsches der liberalen Demokratie bedeutete, dass die Überlegenheit der westlichen Werteordnung bekräftigt wurde und deshalb überall von den westlichen Mächten anerkannt und unterstützt sowie mit dem Versprechen ergänzt wurde, dass die Länder Mittel- und Osteuropas

bald in die Institutionen des Westens integriert würden.³ Der Fall des real existierenden Sozialismus wurde als Sieg interpretiert und verstärkte das Gefühl der Alternativlosigkeit. Das westliche Modell der Marktwirtschaft und der Sozialstaatlichkeit erschien plötzlich als Erfolgsmodell, dessen Krisensymptome und inhärente Spannungen verschwiegen oder zumindest in Klammern gesetzt wurden. Die Betonung dieser beiden Aspekte erübrigte das Nachdenken über reale Alternativen für ein neu aufgebautes politisches System. Wenn man den damaligen Akteuren gerecht werden möchte, muss jedoch hinzugefügt werden, dass diese Entscheidungen am Beginn des Transformationsprozesses nicht ein für alle Mal über Erfolg und Misserfolg des ganzen Prozesses entschieden.

1. Charakteristik der Wende – Revolution oder Reform?

Nach einer allgemeinen Vorstellung ist eine Revolution durch ihre Geschwindigkeit und Gewalttätigkeit gekennzeichnet, die sie als deutlichste Merkmale von einer evolutionären Entwicklung grundsätzlich unterscheiden. Im Fall von 1989 handelte es sich um eine Reihe unkonventioneller Revolutionen, deren formelle Merkmale waren, dass sie sich meistens ohne Gewalt und Radikalisierungstendenzen – mit Ausnahme von Rumänien – abspielten und oft als ständige Reformprozesse durchgeführt wurden. Die gemeinsame Unkonventionalität heißt aber noch lange nicht, dass sich die Transformationen in den verschiedenen Ländern bezüglich Länge und Intensität gleich abgespielt hätten. Jedes Land ist anders, und eine eher normative Annäherung, die die Unterschiede außer Acht lässt, kann auf die Einzelheiten nicht eingehen und muss sich mit den oberflächlichen Ähnlichkeiten der Zeit und der weltpolitischen Situation begnügen. Die Umstände der Umbrüche hingen von der politischen Kultur und Qualität der Diktatur in den jeweiligen Ländern ab. Daher muss man die Relevanz der nichtpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen strukturellen Faktoren hervorheben, weil sie auf den Gesamtprozess einen starken Einfluss hatten. Ohne diese Faktoren zu berücksichtigen, könnte die Transformation nur als mangelhaft interpretiert werden. In Ungarn und in Polen spielten sich die „Revolutionen“ bei den Verhandlungen am runden Tisch ab, die dann erhebliche Kontinuitäten für die alten Eliten ermöglichten. Trotz aller formellen Ungewöhnlichkeit waren sie inhaltlich doch Revolutionen, weil der Prozess mit der Gründung einer neuen politischen Ord-

³ Dieter Segert: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien 2013, 163.

nung einherging. Hier handelte es sich also um eine Mischung von Revolution und Reform, was das von Timothy Garton Ash gebildete Wort *Refolution* – halb Reform und halb Revolution – deutlich auszudrücken vermag.⁴ In der Tschechoslowakei und in der DDR waren die Revolutionen von Anfang an mit dem Adjektiv „sanft“ versehen, das besagt, dass die alten Eliten unter dem Druck der Massen handelten und auf ihren Legitimitätsverlust mit dem Verzicht auf ihre Macht reagierten.

Bei der Analyse der Ereignisse dürfen wir die Rolle der damaligen „Dissidenten“ nicht vergessen, obwohl sie auch nicht überbewertet werden darf. Die Annahme eines weit verbreiteten Einflusses der „Dissidenten“ wäre wahrscheinlich falsch, weil sie, trotz ihres unbezweifelbaren Mutes und ihrer Standhaftigkeit, in ihrer Situation nur in bestimmten Kreisen der Bevölkerung eine Wirkung haben konnten. Die „Dissidenten“ verfügten über keine einheitlichen politischen Programme oder Vorstellungen. Was ihre Anliegen auszeichnete, war die nicht- oder sogar antipolitische Natur ihrer Forderungen, die also nicht auf eine Machtübernahme abzielten, sondern sich in erster Linie auf die normalisierenden Tendenzen der Umbrüche – wie der Wiederherstellung der Menschenrechte und der freien Zivilgesellschaft – bezogen. In diesem Sinne können wir nach Jürgen Habermas über „nachholende Revolutionen“⁵ sprechen, die also keine genuin neuen Ideen der Politik aufbringen, sondern „lediglich die Angleichung an die im Westen bereits erkämpften Rechte einforderten“.⁶

2. Der Prozess der Konsolidierung

Nach der Krise und dem Legitimitätsverlust der alten Regime kam der mehr oder weniger freiwillige Machtverzicht der regierenden kommunistischen Parteien, die aber an bestimmten Stellen – Wirtschaft, Gewaltapparat, Geheimdienste – ihren Einfluss oft weiterhin beibehielten. Trotz der erheblichen Kontinuitäten auf dieser Ebene konsolidierten sich die Verhältnisse der Politik sehr schnell. Durch neue Verfassungen oder Verfassungsänderungen wurde es möglich, die grundsätzlichen Freiheitsrechte – Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit – zu etablieren, die

⁴ Timothy Garton Ash: Revolution in Hungary and Poland, New York Review of Books, 17. August 1989.

⁵ Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution: Kleine politische Schriften, Frankfurt a. M. 1990.

⁶ Aron Buzogány: 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24–26 (2014), 10–15.

dann zur Beschleunigung der Transformationsprozesse deutlich beitrugen. Nach der Phase der Liberalisierung kam eine rasche Demokratisierung, als die Institutionen der Demokratie, wie die Parteien, Verbände und Gewerkschaften, neu- oder wiedergegründet wurden. Diese gesellschaftlichen Instanzen waren am Anfang entweder durch eine belastete Vergangenheit oder durch lose und niedrige Organisation gekennzeichnet, die dann als eine sehr schwach und sporadisch organisierte Zivilgesellschaft beim Vertreten der gesellschaftlichen Interessen kaum eine Rolle spielen konnte. Zu Beginn war dies paradoxerweise von großem Vorteil, weil die geringe Beteiligung von Massenakteuren an politischen Prozessen zu einer schnelleren Etablierung der demokratischen Institutionen führen konnte. Dieser anfängliche Vorteil erwies sich aber später als erheblicher Nachteil, da die Bürger und Bürgerinnen ihre Macht und Möglichkeiten bei der Einflussnahme der Politik nicht erfahren konnten und dadurch auch entmutigt wurden. Die Politik wurde im Ganzen eine Sache der Parteieliten, die ihre Tätigkeit ohne Einmischung und Kontrolle der Zivilgesellschaft für einfacher und reibungsloser hielten. Unter diesen Umständen kam der Konsolidierungsprozess schnell voran, jedoch mit schweren Widersprüchen. Die Stabilisierung der politischen Institutionen bedeutete noch lange keine Gewöhnung an das demokratische Verfahren. Die politische Kultur muss eigentlich bis heute mit den Problemen der antidemokratischen Traditionen der Zwischenkriegszeit und des Staatssozialismus ringen. Diese belasteten und belastenden Traditionen können die „Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokulturellen Unterbau der Demokratie“ deutlich erschweren. Die Etablierung einer demokratischen politischen Kultur kann tatsächlich „Jahrzehnte dauern und erst durch einen Generationswechsel besiegelt werden“.⁷

„Trotz der bleibenden Probleme der demokratischen Konsolidierung (...) können zumindest für die ostmitteleuropäische Region deutliche Erfolge verbucht werden. (...) Gemessen an historischen Maßstäben drängt sich dabei der Eindruck auf, dass die Ausweitung der Demokratie in diesem Teil Europas als großer Erfolg gewertet werden muss: Bessere Jahre als die zurückliegenden zwei Dekaden hat es in der Region kaum gegeben. Auch im Vergleich mit Lateinamerika, Asien oder Afrika steht die demokratische Entwicklung Ostmitteleuropas beeindruckend da.“⁸ Wenn man den

⁷ *Wolfgang Merkel: Gegen alle Theorie? – Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa*; in: *Uwe Backes, Tytus Jaskulowski und Abel Polese* (Hg.): *Totalitarismus und Transformation. Defizite der Demokratiekonsolidierung in Mittel- und Osteuropa*, Göttingen 2009, 27–48.

⁸ *Buzogány, 25 Jahre*, 11.

Gesamtprozess bewerten möchte, muss man auch verstehen, dass die gewollten Veränderungen sehr oft unintendierte Nebeneffekte haben, und es wäre billig und ungerecht, die damaligen Akteure für unsere heutigen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

3. *Zwischen Hoffnung und Ernüchterung*

Nach dem Abklingen des großen, aber kurzlebigen Enthusiasmus der „Stunde null“ kamen sehr schnell schwere Irritationen auf.⁹ Es stellte sich plötzlich heraus, dass der Mangel an demokratischen Traditionen und das postkommunistische Erbe den Nachvollzug der gleichzeitigen Entwicklung der Demokratie und Marktwirtschaft erschwerten oder sogar unmöglich machten. Die Probleme gingen einerseits von dem Mangel an demokratischen Traditionen, andererseits von der Wende selbst aus. Damit tauchten auch die Schwierigkeiten der „Gleichzeitigkeit“ auf, die darauf verwiesen, dass die Transformationsländer alles – Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlstand – auf einmal und möglichst schnell vollbringen müssen, was aber eine Denkmöglichkeit darstellt.¹⁰ Diese Art von Transformationen waren und sind historische Prozesse, die in der Entwicklung des Westens auch Jahrhunderte oder mindestens Jahrzehnte brauchten. Dieses Dilemma ist bis heute eine große Herausforderung, da trotz aller Erfolge die Ansprüche an Demokratie und Marktwirtschaft deutlich wuchsen, was dann notwendigerweise zur Überlastung und dadurch auch zur Enttäuschung führte. Man kann an dieser Stelle natürlich nicht alle sich dadurch ergebenden Schwierigkeiten auflisten, daher werden hier nur drei wichtige politisch-kulturelle Aspekte hervorgehoben.

Nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Staatssozialismus entstand ein ideologisches Vakuum. Aus der Wende konnten sich wegen der Zeitnot und wegen der eindeutigen Verpflichtung zur westlichen Demokratie keine neuen politischen Ideen oder Gesellschaftsvorstellungen herauskristallisieren. Viele erklärten diese Phase als ein postideologisches Zeitalter, das nach dem stark ideologisierten Kommunismus endlich alle Ideen als Utopie brandmarken und dadurch auch erübrigen kann. Jede Epoche braucht aber ihre Ideen, damit das politische System legitimiert werden kann. In dieser Region versuchte man, anstatt neue Ideen zu einer

⁹ Segert, Transformationen, 165.

¹⁰ Claus Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa; in: Merkur. Bd. 4, Nr. 505 (1991), 279–292.

postdiktatorischen Identität zu entwickeln, sich an die Ideen der Zwischenkriegszeit anzuschließen, die aber keineswegs den demokratischen Forderungen der neuen Epoche entsprachen. Mit der wiedergewonnenen staatlichen Souveränität kam auch ein starker Nationalismus auf, der oft an die Stelle der ehemaligen Leitideologie trat. Nach der Unterdrückung der nationalen Gefühle war dies als eine Art Gegenreaktion auf den Internationalismus gewissermaßen verständlich, führte aber oft zu Reibungen zwischen den Nationen Mitteleuropas und verhinderte ein natürliches Zusammenwirken unter den Nationen. Dass dieses Problem nicht überall verschärft wurde und nicht wie in Jugoslawien zu Krieg oder Bürgerkrieg führte, war meistens der Europäischen Union zu verdanken, die als Reformanker diente und den Nationalismus nicht duldete.

1. Von Anfang an gab es Probleme mit unbewältigter Vergangenheit, die sich sowohl auf die Zwischenkriegszeit oder auf den Zweiten Weltkrieg selbst als auch auf die Epoche des Kommunismus bezogen. Der Abschied von alten kollektiven Identitäten brachte jedoch gleichzeitig die Bildung neuer Identitäten mit sich, die aber nie abgeschlossen waren, sondern sich ständig im Fluss befanden, da sie immer von den jeweiligen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Situationen abhängig sind. Weil politische und kulturelle Identitäten allerdings äußerst fragil und vergänglich sind, benötigen sie fast immer eine langfristige, zumeist imaginierte Kontinuität, die jedoch immer wieder neu konstruiert werden muss. In diesem Kontext gewährleistet die Imagination eine Kontinuität und die politische Instrumentalisierung ist für den ständigen Wandel verantwortlich.

Die Umbrüche in der Form einer „sanften Revolution“ machten eine Kontinuität möglich, was unter anderem dazu führte, dass auch dieser Abschnitt der Geschichte bis heute noch nicht historisiert wurde und die Vergangenheitsaufarbeitung mit allen damit verbundenen Konsequenzen zu einem Spielball der Parteipolitik wurde, der für die jeweiligen Zwecke instrumentalisiert wurde. Man könnte sagen, dass mit den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa in den Jahren 1989/90 die eigene Geschichte in die Politik zurückkehrte. Die Rückkehr der Geschichte wird immer dann bemüht, wenn Brüche mit der Vergangenheit entstehen und die Geschichte als Begründung und als Legitimationsinstanz einer neuen Gegenwart umgeschrieben werden muss, um Kontinuitäten oder Diskontinuitäten auf verschiedenen Ebenen zu konstruieren. Im Zuge dieses Prozesses wurden dann die Schichten der Erinnerungen neu strukturiert und hierarchisiert, wo-

durch eine neue kollektive Identität entstand, in der neue und alte Elemente miteinander verwoben wurden.

Durch den Zusammenbruch der ehemaligen staatssozialistischen Systeme entstand eine Kluft zwischen Vergangenheit und Zukunft, die ein Signal für die Infragestellung der politischen Legitimation darstellte. Durch diese Leerstellen entstand aber auch die Notwendigkeit einer neuen Basis der Legitimation, die sozusagen ein „neues altes Gedächtnis“ benötigte. Zu diesem Zwecke mussten neue Orientierungspunkte gesetzt werden, die natürlich nicht ohne einen Rückgriff auf die Vergangenheit auskommen konnten. Da die Geschichte in diesem historischen Moment neu bewertet wurde, fielen bald zahlreiche alte Tabus, und es wurde mit angeblichen historischen Notwendigkeiten gebrochen. Dies alles führte zu einer Pluralisierung der Geschichte, in deren Folge auch kompetitive Erinnerungen und Identitäten zu Tage gefördert wurden, von denen allerdings keine mehr eine dominante Rolle spielen konnte. Dadurch begann aber auch unter verschiedenen Elitegruppen ein Kampf um Deutungshoheit und Identitätsstiftung. Die Kämpfe wurden in erster Linie politisch ausgetragen, da Identitäten auch eine Art parteiische Stellungnahme darstellten. Diese Debatten über die Vergangenheit verweisen auf eine extreme Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und unter den Parteien, die aber überall auf der Ebene der symbolischen Politik zu erfahren sind, wo die Meinungsäußerungen zu historischen Fragen politische Stellungnahmen darstellen und parteiische Bruchlinien markieren.¹¹ Solche Probleme sind klare Zeichen eines Mangels an Streitkultur und Kompromissfähigkeit.

2. Es ist ein Widerspruch in sich, dass in diesen Ländern ein sehr starkes Misstrauen gegenüber Institutionen mit hohen Erwartungen an den Staat einhergeht. Dies führt einerseits zu einem übermäßigen Etatismus, andererseits aber notwendigerweise zur Enttäuschung, weil der Staat nicht mehr in der Lage ist, seine angeblichen – und ständig wachsenden – Aufgaben zu erfüllen. Der Staat wurde nach der Wende im Namen der Ideologie des wirtschaftlichen Neoliberalismus – alles, was staatlich oder gemeinnützig ist, ist ineffektiv und vewerflich; alles, was privat ist, ist gut und effektiv – deutlich geschwächt. So ging der Abbau des Sozialstaates in diesen Ländern ohne Widerstand voran und die deutlichen sozialen Verluste wurden als Preis der Transformation angesehen. Das soziale Netz funk-

¹¹ *László Levente Balogh/Harald D. Gröller*: „Mit Geschichte will man etwas!“ Erinnerungs- und Gedächtnisorte in Debrecen, Wien 2011.

tionierte nicht mehr und die Ungebildeten und Schwachen wurden die ersten Verlierer, die bis heute eine sich ständig erweiternde und völlig ausgelieferte Unterschicht bildet. Diese Schicht war nicht in der Lage, sich aus eigener Initiative heraus zu gründen. So haben sich ihre hohen Erwartungen gegenüber dem Staat bis heute erhalten, weil sie ihn für den einzigen Garanten für das Überleben halten. Dies alles verweist auf eine schwache Zivilgesellschaft, die nicht in der Lage ist, diese Vorgänge zu bremsen oder ihnen entgegenzusteuern. Die Zivilgesellschaft etabliert sich nur in den oberen, gebildeten und wohlhabenden Schichten, die dann meistens ihre eigenen Interessen vertreten und nicht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität eintreten. Die Organisationsfähigkeit der unteren Schichten ist im allgemeinen sehr schwach und dementsprechend werden sie von der Politik und anderen Schichten vernachlässigt. Diese Schwachheit erscheint als ein institutionelles Problem, obwohl sie in erster Linie auf gesellschaftliche und politische Gründe zurückzuführen ist. Die Gewerkschaften und Verbände sind oft diskreditiert und schwach organisiert und können daher ihre Interessen weder vertreten noch verteidigen. Breite Schichten der Bevölkerung bleiben ohne irgendwelchen Schutz und suchen oft die Hilfe des Staates oder im schlimmsten Fall der populistischen Parteien.

4. *Krise? Welche Krise?*

„Nachdem zuerst alles möglich gewesen schien, entstand nunmehr der Eindruck, als gehe gar nichts mehr. Die Annäherung des unglücklichen Ostens an den glücklichen Westen schien für einen großen Teil der Gesellschaften des ehemaligen Staatssozialismus zu Ende, bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte.“¹² Nach der Wende wurden bürgerliche Freiheit erreicht und politische Institutionen etabliert, aber die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation kam nur zum Teil und immer verbunden mit einer Vergrößerung der sozialen Ungleichheit zustande. Da die Ungleichheiten innerhalb der jeweiligen Gesellschaften deutlich wuchsen, verstärkte sich ein allgemeines Gefühl sozialer Ungerechtigkeit, die aber eigentlich mit dem tatsächlichen Niveau der Lebenshaltung oft gar nichts zu tun hatte. Die tatsächlichen Verlierer der Transformationsprozesse konnten sich nicht zu Wort melden, aber ihre wachsende Anwesenheit in der Ge-

¹² Segert, Transformationen, 166.

sellschaft bekräftigte verschiedene Statusängste, die eine sehr breite Wirkung hatten. Die Demokratie brachte keinen Wohlstand mit sich und machte die Menschen nicht glücklich. Dagegen verbreitete sich aber ein allgemeines Unbehagen in der Politik. In allen Transformationsländern kam es im Verlauf der 1990er Jahre zu Frustrationen, auf deren Grundlage langsam eine politische Lage entstand, die die Demokratie zwar nicht verwarf, aber den Boden für eine antidemokratische oder populistische Wende bereitete.

In vielen Ländern in Ost- und Mitteleuropa herrscht ein Dualismus zwischen formalen und informalen, demokratischen und antidemokratischen Institutionen und Vorgehensweisen. Das ist kein exklusives Merkmal dieser Länder, da der Prozess der Informalisierung auch die etablierten westlichen politischen Systeme erreichte. Sie werden daher als Postdemokratien charakterisiert.¹³ Trotz aller Ähnlichkeiten kann man in Mittel- und Osteuropa nicht über eine Postdemokratie reden, da hier eher ein unterentwickeltes Sensorium für demokratische Verpflichtung und politische Kultur zu beobachten ist. Seit der Mitte der 1990er Jahre entstand im post-sowjetischen Raum eine Grauzone, die nicht mehr ohne weiteres für demokratisch gehalten werden kann, sondern je nach Ländern mit verschiedenen Adjektiven versehen wird, die immer eindeutig auf Beschränkungen der Demokratie hinweisen.¹⁴ Dies bezieht sich keineswegs ausschließlich auf den engeren Bereich des politischen Systems wie Regierungen und Parlamente, sondern auch auf Zivilgesellschaft, politische Kultur und Wirtschaft. Die Regelung des Systems läuft durch eine allgemeine institutionalisierte Korruption. In der Praxis bedeutet dies, dass Klientelismus und Patronage an die Stelle des verfassungsmäßigen und legitimen offenen Konflikts von divergierenden Interessen treten.¹⁵ Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie – periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – sind rein formal gesehen weiterhin intakt, aber das System funktioniert eigentlich auf der Basis von persönlichen Kontakten und korruptionellen Vorgehensweisen. Diese „illiberalen“ oder „ge-lenkten“ Demokratien unterscheiden sich grundlegend eben durch ihre demokratische und rechtliche Fassade von früheren diktatorischen Herrschaftsformen.¹⁶ In diesem Fall ist die herkömmliche Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur obsolet geworden.

¹³ Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008.

¹⁴ Wolfgang Merkel: Das Ende der Euphorie. Der Systemwettlauf zwischen Demokratie und Diktatur ist eingefroren; in: *Internationale Politik*, Mai/Juni 2010, 18–23.

¹⁵ Siegmund Schmidt: Demokratien mit Adjektiven. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien; in: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 41 (2001), Nr. 7/8, 219–223.

In diesen Systemen ist das zentrale Machtmittel nicht mehr die Gewalt, sondern die Manipulation der Bevölkerung und ihrer sozialen Bedürfnisse.¹⁶ In diesen Ländern gibt es weiterhin periodische Wahlen, die aber oft manipuliert sind, und der Zugang zur Öffentlichkeit zwischen Regierung und Opposition ist sehr ungleich verteilt. Die Wahlen sind eine Art Akklamation und dienen meistens der Bekräftigung des starken Mannes und der Inszenierung der politischen Einheit. Dies erklärt aber noch lange nicht, warum so viele Anhänger trotz aller Schwierigkeiten diese Systeme unterstützen. Hier gibt es eine große Sehnsucht nach dem starken Mann, der angeblich immer sehr volksnah und fähig ist, alle Probleme des Volkes zu lösen, obwohl oft erst allein durch seine Kommunikationsmittel von ihm bestimmt worden ist, was das Problem für die Gesellschaft ist. Das ist die Vorbedingung des Populismus, den wir auch im Westen kennen, wo der Rückfall der etablierten Parteien zwar auch zu beobachten ist, aber die Chance, dass die Populisten an die Regierung kommen, bisher immer noch ziemlich gering war. In Mittel- und Osteuropa kamen die Populisten oft mit einem „Law and Order“-Programm an die Macht, das nach den Verwirrungen und manchmal chaotischen Verhältnissen große Anziehungskraft hatte. Oft ist dies aber die Stimme der Rattenfänger, die die tatsächlichen Frustrationen der Gesellschaft und die verschiedenen Krisen der EU und der Welt gnadenlos ausnutzen. Sie sind zumeist pure Machttechniker, was aber oft allein dem Vertuschen der tiefliegenden gesellschaftlichen Probleme und der Korruption der neuen politischen Klasse dient. Sie haben zur Zeit große Chancen an der Macht zu bleiben, aber ob dies wirklich eine echte Alternative für Mittel- und Osteuropa ist, die gewünschten Ziele des Wohlstands und der Freiheit erreichen zu können – da ist ein großes Maß Skepsis angebracht.

¹⁶ *Herfried Münkler*: Lahme Dame Demokratie. Kann der Verfassungsstaat im Systemwettbewerb noch bestehen?; in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010, 11–17.

¹⁷ *Segert*, Transformationen, 238.